

**Internationales Clausewitz-Zentrum**

**Clausewitz-Information**

**2 / 2008**



**Was kann Clausewitz Politikern und  
Soldaten heute geben?**

**herausgegeben von  
Lennart Souchon**

**Führungsakademie der Bundeswehr**

## Hinweis des Herausgebers

Grundlage für diese Publikation ist ein Vortrag von Hans-Henning von Sandrart, ehem. Oberbefehlshaber der verbündeten Streitkräfte in Mitteleuropa (CINCENT), zum Thema:  
„Was kann Clausewitz Politikern und Soldaten heute geben?“

### **Redaktion:**

Frau Karen Schäfer  
Leiterin Fachinformationsstelle  
und  
Herr Oberst i.G. Hans-Joachim Krüger  
Führungsakademie der Bundeswehr  
Hamburg

### **Herausgeber:**

Professor Dr. Lennart Souchon,  
Kapitän zur See a.D.  
Internationales Clausewitz-Zentrum;  
Führungsakademie der Bundeswehr  
Manteuffelstr. 20, 22587 Hamburg  
Tel.: 0049-040-8667-6504 (Frau Wild), Fax: -6509  
E-Mail: fueakbw.icz@bundeswehr.org

### **Druck:**

GeoInfoStelle & Grafik-Team,  
Führungsakademie der Bundeswehr  
Manteuffelstr. 20, 22587 Hamburg

Hamburg, im Sept. 2008

Internationales Clausewitz-Zentrum  
Clausewitz-Information 2 / 2008

WAS KANN CLAUSEWITZ POLITIKERN UND  
SOLDATEN HEUTE GEBEN?

Inhalt:

- 04 *Lennart Souchon*  
Primat der Politik und Carl von Clausewitz
- 12 *Hans-Henning von Sandrart*  
Was kann Clausewitz Politikern und  
Soldaten heute geben?

## **Primat der Politik und Carl von Clausewitz**

*Lennart Souchon*

Die Bundeswehr hat in den zurückliegenden fünfzig Jahren mit dem Konzept der „Inneren Führung“ eine revolutionäre Neuorientierung ihrer Führungskultur erreicht, die heute von vielen Staaten als beispielhaft qualifiziert wird. Die erforderliche Modernisierung der äußeren Sicherheitsvorsorge ist jedoch nach Ende des Ost-Westkonfliktes – besonders hinsichtlich der Begründungen der Zweckrationalität, der Zielsetzung und der Mittelzuordnung des Einsatzes von Streitkräften im Rahmen friedenserhaltender und friedensschaffender Operationen – keineswegs abgeschlossen.

Die Frage, inwieweit gegenwärtige Kriseneinsätze politische Lösungen erreichen und Endzustände konstituieren, die dann letztlich einen geordneten Rückzug des Militärs rechtfertigen, muss gestellt werden. Bundespräsident Horst Köhler hat in einem Interview in der Frankfurter Rundschau am 11. November 2006 an die Politik folgende Forderungen formuliert: „Wir müssen über unsere Auslandseinsätze diskutieren. Was sind die Grundlagen? Was sind die Ziele? Was die politische Begründungen?“ Er mahnte am 14. September 2007 die Bundeswehrführung: „Die Soldatinnen und Soldaten erwarten von

ihren militärischen Führern auch Klartext nach „oben“ und „außen“: hin zu den außen- und verteidigungspolitisch Verantwortlichen, hin zur Öffentlichkeit“<sup>1</sup> und weiter: “Ich wünsche mir darum, dass auch die hohen Offiziere der Bundeswehr noch stärker darauf hinwirken, die nötige außen- und sicherheitspolitische Debatte in Gang zu bringen.“<sup>2</sup>

Der Bundespräsidenten fordert von den Politikern, den angestrebten politischen Endzustand, der auch mit Hilfe der Streitkräfte bei einem Auslandseinsatz durchgesetzt werden soll, in eine politische Zielvorgabe zu formulieren. Andererseits fordert er eine aktive politische Partizipation der Streitkräfte im sicherheitspolitischen Diskurs mit der Öffentlichkeit. Er thematisiert den Primat der Politik. Dieser legt fest, dass in allen Angelegenheiten der Streitkräfte die Politik die Entscheidungen fällt. Dies schließt jedoch nicht aus, dass sich die Streitkräfte bei der Vorbereitung einer politischen Entscheidung aktiv beteiligen. Die Worte des Bundespräsidenten fordern hierzu eine konstruktive Partizipation der militärischen Führung. Bedenken wir, dass der Primat der Politik kein institutionelles oder hierarchisches, sondern ein methodisches und dynami-

---

<sup>1</sup> Rede des Bundespräsidenten am 14. September 2007 - anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens der Führungsakademie der Bundeswehr - in Hamburg.

<sup>2</sup> Ebda, 7

ches Handlungsprinzip ist, das bedeutet, dass die im Ringen um die beste Entscheidung beteiligten Instanzen – auch die Streitkräfte – ihr fachliches Können, ihre sicherheitspolitische Expertise und ihre Urteilsfähigkeit mit einbringen, bis die Entscheidung durch die Politik gefällt wird. Diese dynamische Interaktion der Politik mit den Streitkräften bei der Entscheidungsvorbereitung ist in Deutschland nur in Ansätzen zu beobachten. Eberhard Wagemann kritisierte bereits im Jahre 1990: „Die Mitwirkung in politischen Fragen auch dem militärischen Ratgeber zuzugestehen, kostet auch heute unseren Politikern Selbstüberwindung.“<sup>3</sup>

Bei der Implementierung der vom Bundespräsidenten angesprochenen Thematik könnte die Theorie Clausewitz' behilflich sein. Eine Mitwirkung militärischer Ratgeber am politischen Findungsprozess ist angesichts der tripolaren Kraftlinien der „Wunderlichen Dreifaltigkeit“: Volk, Regierung und Feldherr logisch, weil ein breiter gesellschaftlicher Diskurs, politischer Wille und zweckrationaler Einsatz der Streitkräfte einander bedingen.

---

<sup>3</sup> Eberhard Wagemann, 1990, „Clausewitz und das Neue Denken in Europa“, in: Militärgeschichtliches Beiheft zur Europäischen Wehrkunde/Wehrwissenschaftliche Rundschau, 5. Jahrgang, September 1990, 21.

Die Partizipation militärischer Ratgeber sollte sich nicht nur auf streitkräftespezifische Fragen der Einsatzvorbereitung und Einsatzdurchführung beschränken. Vielmehr ist die Frage zu beantworten, inwieweit die militärische Seite in die Diskussionen um das sicherheitspolitische Einsatzrational und die gesamtpolitischen Vorgehensweisen eingebunden werden können. Dabei kommt es darauf an, angesichts der komplexen Risiken und Gegebenheiten eines Einsatzes militärische Macht zum Zwecke der Politik – im sozialen, historischen und politischen Umfeld der Bevölkerung im Einsatzgebiet – sinnvoll zu gestalten. Dies schließt kulturelle Sensibilität, sog. „Cultural Awareness“, mit ein.

Wie könnte man angesichts einer komplexen internationalen Sicherheitslage neue entscheidungsorientierte Gremien und Methoden finden, um eine vernetzte Sicherheitsvorsorge zu verwirklichen?

Eine mögliche Vorgehensweise zur Anwendung Clausewitz' Theorie bei der Beurteilung aktueller Problemstellungen der staatlichen Sicherheitsvorsorge könnte mit einem zweckratio-

nenal Netzwerk besonders qualifizierter Personen initiiert werden.<sup>4</sup>

Um den politischen Zweck und die konkreten Ziele des Einsatzes militärischer Mittel als äußerstes Instrument eines demokratischen Staates zur Durchsetzung eigener Ziele und Vorstellungen zu thematisieren, hat General von Sandrart, ehemaliger NATO Oberbefehlshaber der verbündeten Streitkräfte in Mitteleuropa, seine Vorstellungen und Empfehlungen im Internationalen Clausewitz-Zentrum an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg vorgetragen.

Die Vita Activa von General a.D. Hans-Henning von Sandrart: Hans-Henning von Sandrart entstammt einer alten flämischen Soldatenfamilie. Geboren am 21. Juli 1933 in Ambrosetti, Argentinien, zog die Familie 1937 nach Deutschland, wo er das Gymnasium in Bremen-Vegesack besuchte. Es folgte ein Studium der Jurisprudenz und politischen Wissenschaften an der Universität Freiburg. 1956 zählte er zu den ersten Freiwilligen der Bundeswehr in Andernach. Seine militärische Karriere begann bei der Artillerie. Nach zahlreichen Truppenverwendungen schloss sich die Generalstabsausbildung an der Füh-

---

<sup>4</sup> Dieses sog. *Clustermodell* ist Grundlage und Leitidee für die geplante Institutsgründung an der Universität Potsdam und hat im März 2008, im Rahmen eines dreitägigen Clausewitz-Workshops an der Führungsakademie der Bundeswehr, einen ersten Testlauf glänzend bestanden.

rungsakademie der Bundeswehr. 1966 absolvierte er das Royal Staff College in Camberly / Großbritannien.

Weitere Stationen seines militärischen Werdegangs: 1971 Kommandeur Panzerbataillon 25 in Braunschweig; 1973 Verwendung im nuklearen Planungsbereich der NATO; Kommandeur der 11. Panzergrenadierdivision in Oldenburg und ab 1983 als Generalleutnant war er stellvertretender Chef des Stabes bei SHAPE. Im Oktober 1984 zum Inspekteur des Heeres ernannt, wurde er schließlich im Jahr 1987 NATO Oberbefehlshaber der verbündeten Streitkräfte in Mitteleuropa (CINCENT).

Nach seiner Pensionierung im Jahre 1991 leitete er nationale Tagungen zur Weiterbildung ukrainischer Generale. 1994 und 1999 wirkte er an den deutsch-polnischen Offiziergesprächen mit, die im Auftrag des Bundesministers der Verteidigung von der Europäischen Akademie in Waren und dem polnischen Generalstab ganz wesentlich zur Annäherung der Streitkräfte beider Staaten beitrugen.

In seinem Vortrag fordert von Sandrart eine Bündelung der Sicherheitsverantwortlichkeiten – wie Diplomatie, Verteidigung, Wirtschaft, Finanzen, Entwicklungshilfe, Forschung und Technologie und vor allem des Nachrichtendienstes – die in

einer ressortübergreifenden Struktur, unterhalb der Staatsführung und analog zum nationalen Sicherheitsrat der USA, münden. Dadurch könnten angemessene Führungsstrukturen und klare Verantwortlichkeiten auf jeder Analyse- und Handlungsebene bestimmt werden. Diese sollten nicht nur im dialektisch-strategischen Ringen, sondern auch bei der Kunst der akzeptablen Kompromissuche in der NATO oder EU zu besseren Ergebnissen führen.

General a.D. Hans-Henning von Sandrart ist eine werteorientierte Persönlichkeit, die bezogen auf innovative Ideen im Bereich des Einsatzes militärischer Macht im Rahmen der Politik zukunftsorientiert tätig war und ist.

**Was kann Clausewitz Politikern und  
Soldaten heute geben?**

*Hans-Henning von Sandrart  
ehem. Oberbefehlshaber CINCENT*

Hier an der Führungsakademie, an der ich zum Generalstabs-offizier ausgebildet wurde, schrieb ich vor etwa 42 Jahren meine Jahresarbeit zu dem ungewöhnlichen Thema: „Die Zunahme der Weltbevölkerung bis zum Jahr 2000 als sicherheitspolitisches Problem.“

Meine Schlussfolgerungen, die ich damals zog, haben, wie mir scheint, ihre Aktualität nicht eingebüßt, im Gegenteil. So schrieb ich damals: „Dort, wo Menschen billig und zahlreich sind, billiger jedenfalls als eine hochtechnische Waffe und wo sie fanatisiert, das Elend im Nacken und eine rosig entworfene Zukunft vor Augen in anspruchslosen Massen in den Kampf geworfen werden können, da entwickeln sich in der Begegnung mit einem hochtechnischen Gegner neue Methoden im Gefecht. Ihre Eigenart liegt in dem Gegenüber zweier unterschiedlicher technischer Qualitäten, die man nicht erfasst, wenn man die Kriegsbilder nur am Aufeinandertreffen zweier industrialisierter Feinde entwirft. ... Mit wachem Auge sollten alle Erfahrungen gesammelt werden, die aus dem Einsatz der technischen Qualität auch auf ungünstigem und ungewohntem Terrain gegen Kämpfer einer primitiven Technik gewonnen werden können.“ Heute würden wir das als asymmetrische Vorgehensweisen bezeichnen. Und weiter: „Da die Zukunft für den europäischen Soldaten auch den Einsatz außerhalb

seines Kontinentes bereithalten mag, haben sich seine politischen und militärischen Führer geistig darauf einzustellen und ihre Völker psychologisch vorzubereiten. Die Bundeswehr verlangt von ihren Verbündeten die Abwehr am „Eisernen Vorhang“. Es ist daher nicht einzusehen, warum der deutsche Soldat von einem außerdeutschen Einsatz in der ferneren Zukunft verschont bleiben sollte. Besser aber als Waffen sprechen zu lassen, ist eine erfolgreiche Politik, welche dies verhindert.“ Heute würde ich das als präventives Krisenmanagement bezeichnen.

Zum Terror sagte ich: „Da Terror ein wesentliches Element dieser Kriegsform ist, stellt die, von der Kulturlandschaft eingeeengte Masse Mensch ein besonders hilfloses und dankbares Ziel dar. Die lebenswichtigen, schwer zu schützenden und wirkungsvoll zu störenden Versorgungs- und Verkehrseinrichtungen sind lohnende Ziele. ... Daher mag der Terror mit seinen sparsamen Mitteln im Industriestaat, aber auch in einer unzufriedenen Übergangsgesellschaft die Kriegsform der Zukunft sein und die Großstadt der Dschungel von Morgen.“

Abschließend schrieb ich damals: „Auch wenn wir keine Weltrolle mehr spielen können, so fordern gerade unsere nationalen und europäischen Probleme, die in dieser gefährdeten Welt gelöst werden müssen, eine umfassende und durchdrin-

gende Grundlegung, um in der Argumentation mit den Weltmächten bestehen zu können, deren Schau schon seit langem den ganzen Erdkreis umfasst. ...

Hierzu sollte auch die Bundeswehr ihren geistigen Beitrag liefern, denn ihr Abstieg zur Provinzarmee wird in erster Linie nicht nur durch die Einführung moderner Waffen, sondern hauptsächlich durch die Schärfe ihres strategischen Geistes und seine ständige methodische Anpassung an Gegenwart und Zukunft verhindert werden.“

Soweit meine damaligen Worte als junger Hauptmann, denen ich auch heute nicht viel hinzuzufügen habe.

Nun wollen wir aber untersuchen, inwieweit ein militärischer Strategiedenker wie Carl von Clausewitz, dessen berühmtes, aber unvollendetes Buch „Vom Kriege“ vor ca. 180 Jahren von seiner Frau nach seinem Tode herausgegeben wurde – dieses war im übrigen der Akt einer bemerkenswerten Liebe – ob diese, seine Gedanken in einer Welt, die sich völlig verändert hat, uns noch eine Hilfe bei der Wegsuche im Dunkeln sein können. Clausewitz, um den immer noch die Gedanken kreisen, begegnete mir früh, da der von mir sehr verehrte Prof. Arnold Bergstraesser mir in Freiburg 1955 in einem Oberse-

minar das Thema stellte: „Der Begriff der Politik bei Clausewitz“.

Clausewitz wirkte, schrieb und zog seine Schlussfolgerungen aus einer Zeit, die uns fern liegt und unsere Sicherheitsprobleme nicht kennen konnte. Er war der Denker des europäischen Kontinentalkrieges, was auch die Kritik der Engländer bestimmte. Der Seekrieg, mit seinen besonderen Bedingungen und seiner Verbindung zum Handel, zum Schutz überseeischer Besitzungen und der Handelsrouten lag ihm fern. Seine Betrachtungen über den „Kleinen Krieg“ kannten die Kategorie des Terrors noch nicht. Er beschrieb den Krieg zwischen Staaten und dachte weitgehend in einer Duellsituation. Das Problem zerfallender Staaten und von „War Lords“ gab es nicht. Feste Allianzstrukturen wie die der NATO oder EU konnte er nicht kennen. Staaten wurden für ihn vornehmlich durch Streitkräfte bedroht und nicht durch globale Probleme wie Energieversorgung oder Verbreitung von Kernwaffen und Trägermitteln.

Warum scheint er dann immer noch so aktuell zu sein? Warum schreibt die Weltmacht USA seine Gedanken in ihre militärischen Vorschriften?

Nun Clausewitz würde wohl zu derartigen Gedanken weise lächeln und zu uns sprechen: Habe ich nicht gesagt, dass der

Krieg ein wahres Chamäleon ist, der seine Erscheinungsformen ständig ändert. Und habe ich es nicht deshalb abgelehnt, feste Regeln für das Kriegführen zu entwickeln, sondern nur eine Theorie des Krieges geschrieben und Grundsätze niedergelegt. Habe ich nicht empfohlen, einen möglichen Krieg oder – wie ihr wohl sagen würdet – einen möglichen Konflikt zunächst von Politikern und Soldaten nach seinen politischen Ursachen und Zielen sowie nach seinen strategischen Mitteln und Methoden, nach seinem Charakter bis zum Ende mit klarer und kalter Vernunft zu durchdenken. Diese Arbeit kann ich Euch nicht abnehmen, aber ich halte an meiner These fest, dass die Grammatik von Kriegen oder Konflikten unterschiedlich sein mag, aber nicht die Logik.

Der bleibende Hauptverdienst von Clausewitz ist die systematische Einordnung der Phänomene Krieg und Frieden in philosophischer Logik unter dem Oberbegriff der Politik und die davon abgeleiteten Folgerungen. Dies hat Brigadegeneral a.D. Dr. Woermann in seinem herausragenden Vortrag vor dem Clausewitzforum „Die Hauptlineamente seiner Ansicht vom Krieg“ sehr klar dargestellt.

Da wir heute in den meisten Fällen nicht mehr so klar zwischen Krieg und Frieden unterscheiden können, sollten wir in

der Clausewitzschen Ordnung die Begriffe „Krise und Konflikt“ zwischen Krieg und Frieden schieben, da schon er sagte, dass kriegerische Verhältnisse auch in dem Bereich „nicht mehr Frieden“ und „noch nicht Krieg“ herrschen können. Gerade dieser Zwischenbereich macht uns heute die meisten Sorgen.

Auch wenn Clausewitz den Oberbegriff der Politik nicht näher definiert hat, da auch sie dem historischen Wandel unterliegt, so hat er sie als Repräsentanten aller Interessen der ganzen Gesellschaft so weit gefasst, dass sein Kernsatz, „dass der Krieg nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist“ und dass „die Politik also den ganzen kriegerischen Akt durchzieht und einen fortwährenden Einfluss auf ihn ausübt“ auch heute unter veränderten Bedingungen gültig ist. Dies trifft doppelt für Krise oder Konflikt zu. Wenn dem so ist, so sei es erlaubt, die gegenwärtige Situation an einigen seiner Kernaussagen zu messen.

Ich möchte mit Clausewitz' Bild von den drei Säulen beginnen und damit den Finger an den Puls des Zeitgeistes legen. Der Krieg, so sagt er: „... ist eine wunderliche Dreifaltigkeit, zusammengesetzt aus der ursprünglichen Gewalttätigkeit seines Elementes, dem Hass und der Feindschaft, die wie ein blinder

Naturtrieb anzusehen sind, aus dem Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, die ihn zu einer freien Seelentätigkeit machen, und aus der untergeordneten Natur eines politischen Werkzeugs, wodurch er dem bloßen Verstande anheim fällt.

Die erste dieser drei Säulen ist mehr dem Volke, die zweite mehr dem Feldherrn und seinem Heer, die dritte mehr der Regierung zugewendet.“<sup>5</sup>

Diese drei Säulen sollten in ihrem Verhältnis zueinander stimmig sein, wenn die politische Zielbestimmung mit Leistungsfähigkeit und Motivation der Streitkräfte sowie mit der Akzeptanz in der Gesellschaft in einem balancierten Spannungsfeld liegen soll. Dies wirft ein besonderes Licht auf den jeweils vorherrschenden Zeitgeist. Untersuchen wir in diesem Bild den Faktor Volk oder – zeitgemäß formuliert – Gesellschaft, dann kommen einem Zweifel an, ob die Gesellschaft in der Bundesrepublik noch konfliktfähig ist. Eine große Tageszeitschrift überschrieb einen ihrer Artikel. „Sind wir dekadent?“ und geht darin kritisch der Frage nach, ob wir noch bereit wären, unsere Lebensform zu verteidigen, wenn sie ernsthaft bedroht wäre. Sicherheitspolitik und damit auch die Bundeswehr werden mit „freundlichem Desinteresse“ links

---

<sup>5</sup> Hahlweg, Werner (Hrsg.), Carl von Clausewitz „Vom Kriege“, 1. Buch, Über die Natur des Krieges, 1973, S. 213.

liegen gelassen. In einer Glosse beleuchtet die gleiche Zeitung die völlige Gleichgültigkeit in Gesellschaft, Medien und Bundestag, als es um die Frage eines Ehrenmals für Bundeswehrsoldaten ging, die ihr Leben in Auslandseinsätzen verloren haben. Diese, zu Zweifeln Anlass gebende Interesselosigkeit, die bis in den Bundestag reicht, mag der Grund für das Lavieren von Regierung und Parlament in der Frage sein, ob deutsche Soldaten ihre amerikanischen, kanadischen oder niederländischen Bündniskameraden in ihrem Kampf gegen die Taliban im gefährlichen Einsatzgebiet Süd- und Ost Afghanistan unterstützen sollen. Es scheint als wird die Möglichkeit eines Scheiterns wegen Kräftemangel in Kauf genommen, ehe man der deutschen Öffentlichkeit Verluste zuzumuten wagt, denn in der Tat braucht die NATO erheblich mehr Soldaten, um in diesen gefährdeten Regionen mit den Taliban fertig zu werden. Schwerer wiegt vielleicht der Umstand, dass das deutsche Zögern die Bündnissolidarität erheblich strapazieren kann, auch wenn die Bündnispartner „noch das Gesicht wahren“.

Eher kann es dazu führen, dass Bündnispartner ihre Truppen aus dem Kampf gegen die Taliban zurückziehen, weil sie die Last nicht alleine tragen wollen.

Ich möchte in Bezug auf Afghanistan noch einen anderen Punkt ansprechen. Clausewitz empfiehlt, seine Kräfte gegen

die „Hauptverhältnisse“ des Gegners zu richten, die neben den Streitkräften von sehr unterschiedlicher Natur sein können. Die NATO-Streitkräfte haben diesen Gedanken als „Center of Gravity“, gegen das man seine Anstrengungen richten muss, in ihre Vorschriften aufgenommen. In Afghanistan sehe ich vor allem drei Punkte, die entscheidende Bedeutung für die Taliban haben:

Ihr Rückhalt in der Versorgungs- und Rekrutierungsbasis im pakistanischen, schwer zugänglichen Grenzgebiet.

Ihr Rückhalt in der Bevölkerung.

Ihre Glaubwürdigkeit als islamische Gotteskrieger.

Alle drei Punkte lassen sich vom Westen schwer oder kaum anpacken, da zum Ersten der Westen die Operationen nicht auf pakistanisches Staatsgebiet – Pakistan ist ein quasi befreundeter Staat – ausdehnen kann. Es sind wieder einmal die USA, die einerseits die pakistanische Führung zu stabilisieren suchen und andererseits mit massiver Hilfen im pakistanischen Grenzgebiet die dortigen Clanchefs zu gewinnen suchen, die scheinbar der Taliban und Al-Quaida Herrschaft müde sind. Die Europäer wären gut beraten, wenn sie diese Bemühungen nicht durch voreilige Verurteilungen des pakistanischen Regimes gefährden würden.

In der Beurteilung der Lage und der Notwendigkeiten in Afghanistan möchte ich mich sehr zurückhalten, mir scheint aber, dass mehrere Dinge notwendig sind, um zu verhindern, dass die Taliban die Unterstützung der Bevölkerung zurückgewinnen. Erstens natürlich eine Kampfweise, die die Bevölkerung schont. Dies ist jedoch leicht gesagt und schwer in der Praxis getan, da die Taliban sich oft hinter der Bevölkerung verschanzen. Zweitens gehören dazu zügige Fortschritte im Aufbau zuverlässiger afghanischer Streitkräfte, die schon erfolgreich im Kampf gestanden haben, und die Unterstützung der afghanischen Polizei. Für beide Aufgaben setzen die USA, neben anderen Partnern, große Geldmengen ein. Dagegen wirken unsere Bemühungen eher bescheiden, auch wenn sie von guter Qualität zu sein scheinen. Drittens sollte mit der kämpferischen Absicherung von Gebieten der Aufbau von Infrastruktur und Lebensqualität Hand in Hand gehen. Auch hier setzen sich die USA sehr ein. Da dieser Aufbau in den frei gekämpften Gebieten nicht ungefährlich ist, müsste er polizeilich oder militärisch abgesichert sein, was viele Kräfte binden kann. Auch müssen die Aufbaugesellschaften zur engen Zusammenarbeit mit den westlichen Truppen bereit sein und sich ihren Sicherheitsanordnungen fügen.

Da ich kein ausgewiesener Islamkenner bin, kann ich zum dritten Punkt der islamischen Glaubwürdigkeit nur wenig sagen. Dies ist ein sehr sensibles Gebiet und kann eigentlich nur vom Islam bzw. den islamischen Staaten selbst geleistet werden, da der kämpferische islamische Fundamentalismus für viele selbst eine Gefahr darstellt und in vielen Teilen nicht vom Koran gedeckt ist. Immerhin gibt es sehr wenige islamische Gelehrte, die es unter Lebensgefahr wagen festzustellen, dass z.B. ein Selbstmordattentat mit dem islamischen Glauben nicht vereinbar sei. Dieses stärker im islamischen Bewusstsein zu verankern, wäre ein unschätzbare Gewinn.

Die Beispiele habe ich nur gewählt, um zu zeigen, wie Aussagen Clausewitz helfen können, den Weg zu einer Beurteilung der Lage zu finden, die in die Tiefe geht. Zumal Clausewitz an vielen Stellen auf die Notwendigkeit hinweist, dass Politiker und Militärs vor einem möglichen Kriege diesen mit aller Gründlichkeit bis zum Ende, das man politisch erreichen will, analytisch durchdenken, um die strategischen Wege und Möglichkeiten zu erkennen und festzulegen wie man den Krieg erfolgreich beendet. Dies gilt umso mehr in den heutigen komplexen Krisen und Konflikten in einer vernetzten Welt, die unter Umständen ein Handeln fern von Europa verlangen oder wozu wir von einer internationalen Organisation wie der UNO

aufgefordert werden. Hier stellt sich die Frage, ob dieses saubere analytische Durchdenken wirklich auf allen Entscheidungsebenen und Handlungsebenen stattfindet bevor wir in einen Einsatz einsteigen. Oder entscheiden wir uns unter internationalem Druck nicht oft politisch und beginnen dann erst mit der Analyse?

Im 8. Buch, in dem er über den Kriegsplan nachdenkt, fordert Clausewitz klare Entscheidungsstrukturen, die die politische mit der militärischen Führung verbinden. Dies war zu seiner Zeit der Kabinettpolitik relativ einfach; in zwei berühmten Fällen – Friedrich der Große und Napoleon – lag beides in einer Hand. Das ist bei uns komplexer geworden, denn wir leben in einer parlamentarischen Demokratie mit rechtlich festgelegten Entscheidungsstrukturen in einer medialen Welt, in der Politiker wieder gewählt werden wollen. Auch die Welt als ganzes ist viel komplexer geworden.

In der Tat leben wir in einer Zeit großer Umbrüche und revolutionärer Wissenszuwächse. Neue Formen der Gewaltausübung, neue Dimensionen der Wissensvermehrung und der Wissensübertragung eröffnen sich in der „Cyber-World“. Neue Dimensionen des Raumes bieten sich mit der Eroberung des Weltraumes. All dies hat die Welt als Ganzes zur strategischen Spielwiese gemacht. Jeder scheint mit jedem in Bezie-

hung zu stehen und die klassischen Kulturräume leben nicht mehr für sich, sondern berühren sich teilweise schmerzhaft. Multinationale politische Strukturen wie NATO und EU oder internationale Strukturen wie OSZE oder UN schränken das Machtmonopol des klassischen Nationalstaates des 19. und 20. Jahrhunderts immer mehr ein und setzen in zunehmenden Maß den Rahmen für strategisches Handeln. Wirtschafts- und Finanzgruppen treten als bestimmende Machtfaktoren neben klassische politische Macht. Militärische Macht ist nicht mehr an den klassischen Nationalstaat gebunden ist, sondern in zerfallenden Staaten bilden Gruppen ihre eigenen Armeen. Terror ist zur wirksamen und billigen Waffe geworden. Unter dem Einfluss des Medienzeitalters bestimmt die Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung und den Zeitgeist in den modernen demokratischen Industrie- und Handelsstaaten das Handeln von Regierungen weit mehr als in den Zeiten der alten Kabinettpolitik. Der Zugang zu Rohstoffen und zu Energiequellen in einer enger werdenden Welt erhält eine existenzielle politische Qualität. Dies ist unsere Welt in der wir nationale und in Europa multinationale Entscheidungs- und Handlungsstrukturen gestalten, bzw. an die Erfordernisse dieser gewandelten Welt anpassen müssen, da die Scheinstabilität des Kalten Krieges nicht mehr gilt.

Sicherheit kann daher nicht mehr eindimensional in militärischen Kategorien gedacht werden wie z.Zt. Clausewitz. Die Ausweitung des alten, vornehmlich militärisch definierten Strategiebegriffs zur Vorstellung einer staatlichen *Gesamtstrategie* hat bereits Liddell Hart mit seiner Vorstellung einer „Grand Strategy“ eingeleitet.

Es ist zwingend notwendig im Rahmen einer derartigen Gesamtstrategie klare Führungsebenen einzuziehen und auch zu beachten, damit in der Ausführung der Politik klare Verantwortlichkeiten festgelegt werden können.

Auf der Ebene der *Politik* werden die sicherheitspolitischen Ziele, die national oder im multilateralen Verbund verfolgt werden sollen, als auch die begrenzenden politischen Parameter festgelegt. Der Leitfaden hierfür ist die übergeordnete Staatsraison, die im deutschen Fall, ähnlich wie bei unseren Verbündeten heute und für die absehbare Zukunft mit sicherheitspolitischer Stabilität in unserem weiteren Umfeld und mit multilateraler Einbindung Deutschlands als Grundlage friedvoller wirtschaftlicher Entwicklung und von gesellschaftlicher Wohlfahrt definiert werden könnte.

Auf der Ebene der *Gesamtstrategie* sind dann die Vorgaben der Sicherheitspolitik für einen konkreten Fall zur Bewältigung einer politischen Situation umzusetzen. Liddell Hart

nannte seine „Grand Strategy“ eine Art Politik in der Ausführung. Die verschiedenen Sektoren von Sicherheitsverantwortlichkeit wie Diplomatie, Verteidigung, Wirtschaft, Finanzen, Inneres, Entwicklungshilfe, Forschung und Technologie und vor allem des Nachrichtendienstes, um nur einige der wichtigsten Sektoren zu nennen, sollten zum Sicherstellen ihres koordinierten Handelns für die gesamtstrategische Lagebeurteilung, für das Handeln und zur Operationskontrolle unter der Staatsführung in einer ressortübergreifenden Struktur gebündelt werden können analog des nationalen Sicherheitsrates in den USA. Davon ist die Bundesrepublik meines Erachtens noch weit entfernt. Ein Vortrag hier hat diesen Tatbestand mit „ministerieller Inkohärenz“ bezeichnet. Hier trägt das Bundeskanzleramt die Verantwortung. Der bestehende Bundessicherheitsrat nimmt diese Aufgabe jedenfalls nicht wahr. Ohne dass ich hier Zeit und Raum für Institutionskunde habe, sollen diese wenigen Sätze deutlich machen, dass das Verfügen über angemessene Führungsstrukturen auf jeder Analyse- und Handlungsebene einen wichtigen Aspekt der strategischen Mittel darstellt. Strukturen ohne Mittel sind wirkungslos, aber Mittel ohne Führungsstrukturen sind kopflos und nicht konfliktfähig.

In dieses gesamtstrategische Netzwerk ist auch das Verteidigungsministerium auf der militärstrategischen Ebene mit seinen Mitteln eingebettet und ist national und in seiner Einbindung in die atlantischen und die europäischen Sicherheitsstrukturen für die Bewältigung Militär dominanter Operationen oder für die militärische Begleitung von Operationen z.B. im Rahmen des internationalen Krisenmanagements zuständig und verantwortlich. Das militärische Instrument ist aus seinem Wesen und aus seiner Erfahrung heraus an das Denken in größeren Zusammenhängen gewöhnt, hierin ausgebildet und trainiert und hält dafür die notwendigen Führungsstrukturen sowie Führungsmittel bereit. Dies ist in den anderen ministeriellen Sektoren des gesamtstrategischen Netzes nur in sehr unterschiedlichem Maße der Fall. Häufig müssen dort in einem konkreten Fall aus der Hand ad hoc Strukturen aufgebaut werden, was die effektive Zusammenarbeit und Reaktionsfähigkeit im konkreten Fall erschweren und herabsetzen kann. Hier besteht ein besonderer Nachholbedarf, wenn ein Staat wie Deutschland strategisch für komplexe Sicherheitslagen reaktionsfähig sein will. Das Bundesverteidigungsministerium hat mit der Stärkung des Generalinspektors durch einen Einsatzstab und der Schaffung eines zentralen Führungszentrums bereits Konsequenzen gezogen und seine Führungsfä-

higkeit und Reaktionsfähigkeit im Sinne der Clausewitzschen Forderung gestärkt.

Die Internationalisierung und Multilateralisierung der Staatenwelt, besonders im euro-atlantischen Bereich, die aus gutem Grund Teil unserer auf Stabilität zielenden Politik ist, schränkt das Machtmonopol der Bundesrepublik ein und zwingt sie, ihre sicherheitspolitischen Interessen und ihr gesamtstrategisches Handeln im Rahmen internationaler Verbindlichkeiten und Strukturen sowie im Rahmen der multilateralen Kooperations- und Integrationsstrukturen der NATO und EU zu definieren und einzubringen.

Für Deutschland in seiner besonderen historischen und geographischen Situation im Herzen Europas – nach Kissinger für die Welt zu klein und für Europa zu groß – ist diese sicherheitspolitische und strategische Einbindung in die euro-atlantischen Integrationsstrukturen und deren Weiterentwicklung der Kern seines politischen Konzeptes. Dies hat Konsequenzen für das gesamtstrategische und militärstrategische Umsetzen nationaler Interessen und Ziele. Das Planen und Handeln im Bündnisrahmen ist für Deutschland die Norm. Dieser Imperativ unterscheidet uns graduell auch von einigen unserer Bündnispartner. Das Agieren im Koalitionsrahmen ist historisch nichts Neues. Neu ist für uns jedoch die gegenwärtige

tige Ausschließlichkeit. So kann Deutschland sich meist nicht mehr allein entscheiden, ob es sich an einer Stabilisierungsoperation oder auch Kampfoperation beteiligen will oder nicht, denn es könnte sonst die Solidarität im NATO-Bündnis oder der Zusammenhalt sowie die internationale Handlungsfähigkeit der EU auf dem Spiele stehen. Das ist ein hohes Gut! Trotzdem sollten wir die Kraft haben, nein zu sagen, wenn wir einen Einsatz für falsch oder unlösbar ansehen. Dies darf aber erst geschehen, wenn wir im multilateralen Abstimmungs- und Entscheidungsprozess in NATO oder EU alles versucht haben, unsere Partner durch qualitative Beiträge zu überzeugen. Dies darf kein Resultat von Stimmungen oder der Strasse sein. Es liegt daher in unserem Interesse, die Entscheidungsstrukturen von EU und NATO auf hohem qualitativem Niveau zu schärfen.

Das Verfolgen von nationalen Interessen und Zielen in einem Bündnis oder in einer Koalition setzt ein besonderes, hierfür waches und geschultes Bewusstsein voraus. Die eigenen Interessen müssen nicht nur in einem dialektischen strategischen Ringen gegenüber einem oder mehreren Gegenspielern durchgesetzt werden, sondern zunächst in einem sehr spezifischen Verhandeln mit und teilweise auch gegeneinander im Rahmen der Bündnisse abgeglichen werden. Auch in der NATO oder

in der EU sind Interessen und Bedrohungsanalysen nicht notwendigerweise deckungsgleich. Die Kunst des akzeptierbaren Kompromisses wird zu einer wertvollen Fähigkeit. Diese Kunst durchzieht die ganze gesamtstrategische oder militärstrategische Handlung und diese Kunst muss von nationalen Vertretern, Politikern, Diplomaten und eben auch Soldaten ausgeführt und beherrscht werden. Damit wird die richtige Personalauswahl für multilaterale Schaltstellen, besonders aber für Führungspositionen zu einem strategischen Faktor, der in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden sollte. Clausewitz' Kapitel über den kriegerischen Genius könnte den Personalabteilungen manchen wertvollen Hinweis geben. Aber es geht nicht nur um Personen und ihre Eignung, sondern diese müssen von der nationalen Zentrale mit abgestimmten Weisungen und Informationen auf hohem konzeptionellen Niveau versorgt werden, damit sie die deutsche Position im multilateralen Entscheidungsprozeß wirkungsvoll einbringen können. Das gleiche gilt für bilaterale Verhandlungen und Abstimmungen mit wichtigen Partnern wie z.B. den USA, die gewohnt sind, langfristig und weltweit zu denken. Haben wir diese konzeptionelle Weitsicht auf hohem Niveau z.B. in einer nationalen Sicherheitsstrategie? Ich habe da meine Zweifel!

Kehren wir nach diesen mehr theoretischen Betrachtungen nach Afghanistan als aktuelles Beispiel zurück. In Afghanistan ist eine Scheineinheit strategischen bzw. operativen Handelns mühsam hergestellt worden. Der Stabilisierungsauftrag, von dem wir ein Teil sind, läuft unter der Führung von HQISAF und die Operationen gegen die Taliban unter „Operation Enduring Freedom“. Sie sind kolonisiert und haben einen Oberbefehlshaber, aber ein Verschieben von Truppen zur Verstärkung zwischen ihnen ist nur schwer möglich. In allen strategischen Planübungen der NATO wird die ungeteilte Operationsverantwortung der vom Bündnis eingesetzten Befehlshaber gepredigt. Die Wirklichkeit ist jedoch anders. Viele der beteiligten Nationen haben den Einsatz an Bedingungen geknüpft, die einen z.T. stark einschränkenden Charakter haben. NATO nennt diese nationalen Einschränkungen „Caveats“. Diese „Caveats“ sind entscheidende Einschränkungen der zu fordernden operativen Einheit. Hinzu kommt der Einfluss der so genannten Nationalen Befehlshaber im Einsatzraum, deren Aufgabe vornehmlich die logistische Unterstützung der nationalen Kontingente ist, über die aber jeder Staat nochmals Einfluss nehmen kann. Man kann nur hoffen, dass der Sachverstand aller Führer der beteiligten Nationen in einem Einsatzraum, die Interesse am Erfolg haben, die Wirkung

dieser, unter Umständen divergierenden nationalen Einflüsse auf die Operation vor Ort pragmatisch abmildern. Es bedarf sehr starker operativer Führungspersönlichkeiten mit großem Verhandlungsgeschick und mit Überzeugungskraft, die in einem derartigen multilateralen Geflecht die Einheit und den Schwung der Operation aufrechterhalten können. Hier gilt wirklich der Satz aus der alten Vorschrift Truppenführung, der deutsche Führungstradition ausdrückt mit dem Satz: „Führung ist eine Kunst, eine auf Charakter, Können und geistige Kraft beruhende freie schöpferische Tätigkeit.“

Diese von Clausewitz nach den Gesetzen der Logik erfolgte Einordnung des „Kriegs“ ebenso wie des „Friedens“ unter dem Oberbegriff „Politik“ befreite den Krieg aus einer etwas verklemmten begrifflichen Einordnung der christlichen Staats- und Rechtsphilosophie für die so große Denker wie Augustin und Thomas von Aquin stehen und den Begriff des „gerechten Krieges“ geschaffen hatten. Clausewitz betrachtete den Krieg ohne jede moralische Bewertung. Auch die möglichen Motive eines Feindes wurden sachlich beurteilt. Er verlangt die kalte Vernunft.

Dies gilt für uns heute nicht mehr uneingeschränkt. Mit der Einführung der Menschenrechte und demokratischer Staatsstrukturen als Meßlatte für die politische Bewertung von Staa-

ten und Völkern sind Kategorien der Moral in das politische Beurteilungssystem der westlichen Staaten zurückgekehrt. Dies hat seine historischen Gründe.

Als die Vereinigten Staaten von Amerika Ende des 18. Jahrhunderts auf der Grundlage europäischer Ideale der Aufklärung – gegen den Willen etablierter Mächte – des alten Europas ihren modernen demokratischen Bundesstaat gründeten, taten sie dies mit einem hohen moralischen Impetus. Dieser enthält auch die moralische Verpflichtung, die Ideale und Errungenschaften ihres, so schwer erkämpften neuen Staates auch den übrigen, immer noch unterdrückten Völkern der Welt zu bringen. Das Menschenbild, das diesem Impetus zugrunde lag, war das Bild vom Menschen, das in der europäischen Philosophie aus den Werten der Antike und des Christentums über Jahrhunderte geformt worden war, das Bild des starken Individuums, das zwar in die Gemeinschaft eingebunden ist, aber über starke Rechte auch sein individuelles Glück verfolgen darf. Über Jahrhunderte bildete sich, maßgeblich von der Aufklärung geformt die moderne westliche Staatsform der Demokratie in ihren verschiedenen Spielarten heraus. Der geistige Aufbruch im Europa des 13./14. Jahrhunderts mit der Betonung des kausalen Erkenntnisweges brachte, ebenfalls über Jahrhunderte die naturwissenschaftlich-technische Revo-

lution hervor, die sich jetzt weltweit mit galoppierender Beschleunigung weiter entwickelt. Aus diesem beeindruckenden Aufbruch nahm sich Europa und dann die USA das Recht, die Welt nach ihren Maßstäben zu formen. Die Entwicklung der Naturwissenschaften und der Technik haben sich weitgehend als kulturneutral verselbstständigt. Dies gilt aber nicht für unsere politische Lebensform, die die Frucht einer sehr langen Kulturentwicklung ist. Haben wir das Recht diese politische Lebensform – in den Begriffen Menschenrechte und Demokratie versinnbildlicht – anderen auch sehr alten Kulturkreisen mit Druck bis zur Gewalt aufzuzwingen? Ich habe da meine Zweifel, auch wenn ich weiß, dass ich mich damit auf einem gefährlichen Pflaster bewege.

Der Islam ist eine politische Religion, die in ihrer Tradition eigene politische Strukturen der Willensbildung und des Herrschens hervorgebracht hat. Im Iran wird der schiitische Islam von uralten persischen Kulturformen unterzogen, Indien und China sind uralte Hochkulturen, die in ihrer Philosophie z.T. von uns abweichende Menschenbilder entwickelt haben mit einer viel stärkeren Betonung auf der Einordnung des Einzelmenschen in das übergeordnete Wohl der Gemeinschaft. Genauso wenig können uralte Stammeskulturen in wenigen Jah-

ren akzeptierte demokratische Strukturen entwickeln, auch nicht mit unserer Hilfe. Dies ist zwar nur eine sehr grobe Skizze, aber ich bin fest davon überzeugt, dass wir nicht berechtigt sind diesen alten Kulturen unsere Lebensform aufzuzwingen, auch wenn wir von ihrem überlegenen Wert überzeugt sind. Amerika und Europa haben das Recht ihre Werte als vorbildlich darzustellen und ihre Annahme zu empfehlen, ebenso wie Europa sich weiter zu einem vorbildhaften politischen Raum des Friedens weiterentwickeln und ausstrukturieren soll, der auf andere Krisen geschüttelte Räume der Erde vorbildhaft ausstrahlt. Wir sollten unsere Hilfe anbieten, wo sie gewünscht wird und etwas erreichen kann, aber die Entwicklung und Ausformung der Menschenrechte und freiheitlicher politischer Strukturen sollten wir diesen Kulturräumen selbst aus der Substanz ihrer Traditionen überlassen. Die Übernahme westlicher Technologie und Forschung sowie westlicher Vergnügungsformen wird schon von selbst einen Prozess zu mehr Mitsprache und Freiheit auslösen. Auch das weltweite Internet kann diese Entwicklung unterstützen. Bei unseren Erwartungen gegenüber Staaten anderer Lebensform, Geschichte und Tradition sollten wir zufrieden sein, wenn es sich um stabile, berechenbare Staaten handelt, die sich an das

internationale Recht und an Vereinbarungen halten und den Terrorismus nicht decken oder gar fördern.

Auf jeden Fall sollte unser polit-moralisches Sendungsbewusstsein uns nicht verführen, uns in unnötige und kaum von uns lösbare gewaltsame Konflikte hineinziehen zu lassen, die uns in Konflikt mit den Wertvorstellungen anderer Kulturräume bringen. Afghanistan ist in soweit ein Sonderfall als es sich hier um Verteidigung gegen den internationalen und fundamentalistischen islamischen Terrorismus handelt. Aber in der Demokratisierung Afghanistans sollten unsere Erwartungen sehr bescheiden sein und wir uns mit politischer Stabilität zufrieden geben.

Dies bedeutet, und darum bin ich so ausschweifend geworden, in der politischen Bewertung fremder Staaten und von möglichen Konflikten zur kalten Vernunft Clausewitz zurückzukehren, bevor man sich irgendwo hineinziehen lässt oder sich unnötig Feinde macht.

Ich komme nun zum Schluss. Natürlich hat Clausewitz seine Theorie „vom Kriege“ in einer Zeit geschrieben, die weit zurückliegt. Aber seine Kernaussage der logischen Unterordnung des Krieges unter die Politik und die Folge daraus, dass der Krieg oder der Einsatzes der militärischen Gewalt den

Charakter eines Instruments der Politik hat, ist weiterhin auch in unser Welt gültig ebenso wie einige seiner Grundsätze, die daraus folgern, uns bei der Beurteilung von Krisen und des Findens der rechten Vorgehensweise oder der richtigen Strategie helfen können. Er bleibt also in seinen wesentlichen Aussagen gültig, die wir zumeist im ersten Buch seines Werkes finden. Dies ist für mich auch kein Wunder, denn der Mensch hat sich in seiner Natur seit Clausewitz nicht geändert. Da der Mensch neben seiner Individualität ein Gemeinschaftswesen, d.h. ein politisches Wesen ist, hat er seit Urzeiten organisierte menschliche Strukturen gebildet, die in positiver und negativer Konkurrenz mit anderen menschlichen Strukturen leben und sich daher mit anderen Strukturen auseinandersetzen mussten. In diesem von Aktion und Reaktion bestimmten Beziehungsgeflecht ist die Ursache von Gewalt meist weniger das so genannte Böse, sondern das jeweils andere Gute, das auf eine je andere Vorstellung des Guten stößt.

So ist nach Clausewitz die erste und wichtigste Konstante strategischen Denkens der Imperativ der sauberen und vorurteilslosen Analyse der strategischen Situation, die es zu bewältigen gilt. Dabei muss die Welt und besonders der gefallene Mensch so gesehen werden, wie er nun einmal ist und nicht

wie er sein sollte, d.h. wir sollen den Frieden wollen und lieben, aber nicht die Welt durch eine pazifistische oder durch unsere Moralvorstellungen getrübe Brille sehen. Dazu brauchen wir weder den Pessimismus eines Thomas Hobbes: „Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf!“ oder den Optimismus eines Jean Jacques Rousseau: „Der Mensch ist von Natur aus gut!“ Der Mensch bleibt das nicht festgelegte Wesen, das im gleichen Maße zum Bösen wie zum Guten befähigt ist. So bleibt Strategie trotz aller dominierenden technologischen Einflüsse auch heute eine zutiefst menschliche Angelegenheit, denn es geht um die Auseinandersetzung menschlicher politischer Strukturen, um die von Menschen ausgeübte Macht, d.h. um Absichten und Handeln von Menschen mit oder gegen Menschen, wie eben auch zur Zeit von Clausewitz.

**ISSN 1615-1135**